

Werte schaffen – Industriearbeitsplätze verstehen und fördern

1. Einleitung

Die letzte Finanz- und Wirtschaftskrise hat gezeigt: wer über einen starken und belastbaren Industriesektor verfügt, übersteht Rückschläge und Konjunkturunbrüche am besten. Nordrhein-Westfalen ist nur deshalb stärker aus der Krise gekommen als viele andere Regionen, weil wir Industrieland Nr. 1 in Deutschland sind. Die Industrie ist Basis und Motor für die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen. Wir wollen, dass dies so bleibt.

Das funktioniert aber nur, wenn alle Verantwortlichen mehr tun, als den Status quo zu sichern. Die Rolle der Politik muss dabei eine aktiv unterstützende sein – wir dürfen es nicht Gerichten überlassen, ob Investitionen stattfinden und neue Arbeitsplätze geschaffen oder bestehende erhalten werden können. Wir müssen die erforderlichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für den Erhalt und die weitere verantwortliche Entwicklung des industriellen Sektors schaffen.

Das alles hat für uns einen Rahmen, die soziale Marktwirtschaft. Soziale Marktwirtschaft ist eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die individuelle Freiheit, Wettbewerb und Verantwortung für das Wohlergehen der gesamten Gesellschaft zusammenführt und so Wohlstand und sozialen Ausgleich ermöglicht. In der sozialen Marktwirtschaft dient die Wirtschaft dem Menschen, nicht der Mensch der Wirtschaft.

2. Die Ausgangsposition

2.1. Industrielle Arbeit ist prägend für Nordrhein-Westfalen

Die nordrhein-westfälische Industrie blickt auf eine lange Historie zurück. Von hier ging die Industrialisierung Deutschlands aus. Hier standen die ersten Hochöfen, Stahl- sowie Walzwerke, Dampfmaschinen und Gesenkschmieden. In der Industrie finden die Menschen seit Jahrhunderten in großem Umfang Beschäftigung, bei immer besseren Arbeitsbedingungen. Auch der rheinische Kapitalismus, die Mitbestimmung und die soziale Marktwirtschaft sind unverkennbar durch die Industrie und das besondere Miteinander der Menschen in den Unternehmen geprägt.

In den letzten Jahrzehnten hat sich die deutsche Industriellandschaft nachhaltig verändert. Umfangreiche Restrukturierungsprozesse, neue Geschäftsmodelle und neue internationale Konkurrenz haben eine beispiellose Dynamik freigesetzt. Große Namen deutscher Industriegeschichte sind in neuen Unternehmen aufgegangen und ureigene Domänen deutscher Industrieproduktion konnten im Zuge der internationalen Arbeitsteilung nicht mehr am Standort Deutschland gehalten werden. Am deutlichsten zeigt sich dieser Wandel im ehemals von Bergbau- und Stahlindustrie geprägten Ruhrgebiet. Als Ergebnis mehrerer Jahrzehnte

Strukturwandel sind in den IHK-Bezirken Dortmund, Duisburg und Bochum heute jeweils weniger als ein Drittel der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Industrie beschäftigt. In Essen, der Heimat von Industriekonzernen wie RWE und ThyssenKrupp sind es mit 20,7 Prozent sogar nur etwas mehr als ein Fünftel aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten.

Gesamtwirtschaftlich hat sich die Bedeutung der Industrie in den vergangenen 15 Jahren gleichwohl kaum verändert, und auch im Jahr 2011 ist die deutsche Industrie der Garant für Wachstum, Wohlstand, Innovation, technischen Fortschritt, Nachhaltigkeit und die globalen Erfolge der deutschen Wirtschaft.

Nordrhein-Westfalen verfügt auch nach tiefgreifenden strukturellen Veränderungen über eine Vielzahl von bedeutenden Industrieunternehmen, quantitativ und qualitativ. Die Struktur ist dabei äußerst vielfältig. An der Spitze stehen die 64 nordrhein-westfälischen Industrieunternehmen, die zu den Top 500 aller in Deutschland angesiedelten Unternehmen zählen. 19 der 50 größten Unternehmen in Deutschland sitzen hier (u.a. E.ON, Metro, Deutsche Telekom, Rewe, RWE, Deutsche Post DHL, ThyssenKrupp, Bayer). Weltweit belegt Nordrhein-Westfalen in seiner Wirtschaftsleistung Rang 18, knapp hinter der Türkei. Die starke Basis bilden die zu 96% kleinen und mittelständischen Industriebetriebe in Nordrhein-Westfalen, die jeweils weniger als 500 Mitarbeiter beschäftigen.

Insgesamt machen die rund 10.000 Industrieunternehmen nur 2,1 Prozent aller Unternehmen in Nordrhein-Westfalen aus. Sie tragen aber ausweislich des Jahreswirtschaftsberichtes der Landesregierung 25 Prozent, im Vorleistungsverbund sogar fast ein Drittel, zur Bruttowertschöpfung des Landes bei. Sie erarbeiten 20 Prozent des deutschen Industrieumsatzes und beschäftigen 18,4 Prozent der Erwerbstätigen in Nordrhein-Westfalen, also rund 1,42 Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ohne das Baugewerbe. Damit ist klar: die nordrhein-westfälische Arbeitnehmerschaft bleibt strukturell industriell geprägt.

Die industriellen Kerne haben sich in Nordrhein-Westfalen aber deutlich verlagert. Die eher ländlich geprägten IHK-Bezirke Hagen, Siegen und Arnsberg sind mit jeweils über 44 Prozent-Anteil der Industriebeschäftigten die neuen industriellen Zentren. Kennzeichnend für die Industrie in Nordrhein-Westfalen ist der vielfältige Branchenmix. Umsatzstärkster Wirtschaftszweig ist die Metallindustrie, gefolgt von der Chemischen Industrie und dem Maschinenbau. Diese drei Branchen stehen allein für 600.000 Industriearbeitsplätze in unserem Bundesland.

Die massiven strukturellen Veränderungen der Vergangenheit machen eine andere Betrachtung der Industrie und ihrer Arbeitsplätze erforderlich. Der heutige Industriearbeiter ist nicht mehr der „Malocher“, der im Dreischichtbetrieb für einen Konzern arbeitet und in einer Arbeitersiedlung nah beim Werk lebt.

Der heutige Industriearbeitsplatz ist zunehmend bei einer Vielzahl kleiner und mittelständischer Industrieunternehmen zu finden. Diese Mittelständler sind häufig "Hidden Champions" oder "kleine Riesen", also Unternehmen, zumeist familiengeführt, die mit hochinnovativen Produkten Nischenmärkte bedienen, teils sogar erst schaffen. Sie sind in diesen Nischenmärkten Weltmarktführer und setzen globale Standards. Sie sind zusammen mit den Hochschulen und Forschungsinstituten innovative "Zulieferer" für die Industrie und stärken so die Region wie die Stellung der Industrie im globalen Wettbewerb. In diesem Sinne ist auch unsere Industrie, wie die gesamte Wirtschaft, überwiegend mittelständisch geprägt.

Wesentliche Voraussetzungen für den Erhalt der hochspezialisierten Industriearbeitsplätze in einer partiell kleinteiligen Struktur sind qualifizierte Arbeitskräfte sowie eine erstklassige Infrastruktur bestehend aus wirtschaftlichen Netzwerken entlang der Wertschöpfungskette, belastbaren Telekommunikations- und Verkehrsadern sowie einer attraktiven Bildungs- und Forschungslandschaft.

2.2. Industrieunternehmen und ihre Mitarbeiter sind Garanten für eine hohe Wertschöpfung in Nordrhein-Westfalen

Nordrhein-Westfalen erwirtschaftete im Jahr 2010 mit 543 Milliarden Euro rund 21,7 Prozent des deutschen BIP und damit 4,4 Prozent des europäischen BIP (EU-27). Das bedeutet mit deutlichem Abstand den Spitzenplatz aller Bundesländer.

Das produzierende Gewerbe hat in Deutschland einen hohen Stellenwert. Im Vergleich zu anderen europäischen Staaten und den USA ist der Anteil von Industrie und produzierendem Handwerk an der gesamtwirtschaftlichen Produktion noch immer überdurchschnittlich hoch. Ihr Beitrag zur Bruttowertschöpfung beträgt rund ein Drittel. Mit mehr als der Hälfte der insgesamt im verarbeitenden Gewerbe beschäftigten Personen ist die Metall- und Elektrobranche einer der wichtigsten Industriezweige für die deutsche Wirtschaft. Von 1994 bis 2008 stieg die Bruttowertschöpfung der Gesamtwirtschaft preisbereinigt jährlich um durchschnittlich 1,7 Prozent. Die Industrie dagegen wuchs im gleichen Zeitraum um 2,2 Prozent im Jahresdurchschnitt. Auch die jährliche Produktivitätssteigerung in der deutschen Industrie lag mit 3,5 Prozent in den vergangenen 15 Jahren deutlich über der gesamtwirtschaftlichen Rate in Höhe von 1,6 Prozent. Produktivität ist die Quelle von Wachstum und Wohlstand.

Jeder Arbeitsplatz der Metall- und Elektroindustrie sichert weitere 1,27 Arbeitsplätze in anderen Branchen. Aufgrund der immer stärkeren Verflechtung des industriellen Sektors mit anderen Wirtschaftsbereichen wirkt sich die Beschäftigungsentwicklung in der Industrie auch maßgeblich auf andere Sektoren aus. Die größten Verflechtungen bestehen mit anderen Industrieunternehmen, von denen industrielle Vorleistungen bezogen werden und mit öffentlichen und privaten unternehmensnahen Dienstleistern.

Aus diesem Grund ist die volkswirtschaftliche Bedeutung der Industrie noch wesentlich höher, denn die in der amtlichen Statistik ausgewiesene Bruttowertschöpfung einzelner Wirtschaftszweige bildet den so genannten Vorleistungsverbund nicht ab.

Unter dem Vorleistungsverbund versteht man alle von der Industrie zugekauften Vorleistungen wie ausgelagerte Produktionsschritte oder Dienstleistungen, etwa Engineering, Logistik oder Marketing. Der Wertschöpfungsanteil des Vorleistungsverbunds wird vom Institut der Deutschen Wirtschaft auf bundesweit etwa 7,6 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung geschätzt. Überträgt man diesen Wert auf Nordrhein-Westfalen, so liegt die Bruttowertschöpfung des Industriesektors inklusive des Vorleistungsverbunds bei rund 31 Prozent. Anders ausgedrückt: Die um den Vorleistungsverbund erweiterte Industrie steuert in Nordrhein-Westfalen jeden dritten Euro zur Bruttowertschöpfung bei.

Mit im Bundesschnitt durchschnittlich über 46.000 Euro Arbeitnehmerentgelt pro Jahr lag der Verdienst 2008 in der Industrie um rund 35 Prozent höher als im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt (34.000 Euro). Auch deshalb muss erfolgreiche Industriepolitik darauf angelegt sein, industrielle Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen. Industriepolitik ist in diesem Sinne eine Förderung wertschöpfungsstarker und daher gut bezahlter Arbeitsplätze. Uns ist wichtig, dass es dabei fair zugeht. Arbeitsplätze müssen den Menschen ein möglichst sicheres Einkommen bieten, interessante berufliche Perspektiven eröffnen und eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen. Das heißt für uns auch, dass wir die Möglichkeiten der Mitarbeiterkapitalbeteiligung erweitert sehen wollen. Es sind Unternehmer **und** ihre Mitarbeiter, die unternehmerischen Erfolg erwirtschaften. Deshalb sprechen wir uns für das Prinzip der doppelten Freiwilligkeit aus.

Die Beschäftigten sollen auch durch Entgeltumwandlung Anteile an ihren Unternehmen steuerbegünstigt erwerben können. Die Mitbestimmung als Ausgleich der sozialen Partnerschaft hat sich erneut in der Wirtschaftskrise bewährt.

Die Tarifautonomie hat sich als wichtige Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft bewährt. Gute Tarifpartnerschaft ist eine wichtige Voraussetzung für einen erfolgreichen industriellen Sektor und erfolgreiche Unternehmen mit erfolgreichen Mitarbeitern. Die Tarifautonomie muss weiter gestärkt werden. Sie benötigt starke Partner auf beiden Seiten. Hier ist die Industrie Vorbild für andere Branchen.

Bereits heute gibt es zahlreiche Betriebe, die nach qualifiziertem Personal suchen. Die zu erwartende demographische Entwicklung wird dazu führen, dass zukünftig zunehmend weniger Personen im erwerbsfähigen Alter auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Diese Lücke kann durch den technischen Fortschritt nicht vollständig geschlossen werden. Der Wettbewerb um qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird sich in der Folge weiter verschärfen. Vor diesem Hintergrund

liegt es im Interesse der Unternehmen, in Ausbildung zu investieren. Wer heute nicht ausbildet, wird es in Zukunft noch schwieriger haben, geeignete Fachkräfte zu finden.

Nordrhein-Westfalen kann es sich als Industriestandort im globalen Wettbewerb nicht leisten, das individuelle Potential der Menschen ungenutzt zu lassen. Entsprechende Bildung- und Weiterbildungsangebote müssen darauf ausgerichtet werden. Ein wichtiges Ziel ist es, die Ausbildungsfähigkeit junger Menschen zu stärken. Dem Übergang in den Beruf muss in den Schulen und Betrieben noch mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Gerade die Industrie muss Strategien entwickeln, innovativ zu bleiben mit älter werdenden Belegschaften. Unternehmensführungen und Betriebsräte müssen Abschied nehmen von Vorruhestandsregelungen aus den 1970er und 1980er Jahren. Sie müssen mehr Ideen des lebenslangen Lernens und der Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz entwickeln sowie Verbesserungen in der Kultur des Miteinanders von jüngeren und älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erreichen.

2.3. Industrieunternehmen mit ihren Arbeitsplätzen sind das Fundament der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen und der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme

Industrielle Produktion und produktbezogene Dienstleistungen finden meist in räumlicher Nähe zueinander statt. Das gilt etwa für Transport- oder Wartungsdienstleistungen, die sich häufig am gleichen Standort wie die Industrieunternehmen niederlassen. Studien zeigen, dass Industrieunternehmen in der Regel Dienstleister aus ihrer näheren Umgebung beauftragen. Diese Symbiose zeigt sich auch bei der Verlagerung von Industriebetrieben. Dienstleister folgten teilweise der sich verlagernden Industrie an andere Standorte.

Die deutsche Industrie kauft für 919 Milliarden Euro Vorleistungen ein - aus fast allen Branchen. Sie verkauft produzierte Waren im Wert von 1.320 Milliarden Euro ins Ausland. Das macht uns zu Exportweltmeistern und ergibt eine Bruttowertschöpfung von 401 Milliarden Euro. Zusätzlich erzeugt die Industrie bei ihrem Zulieferverbund Wertschöpfung von 161 Milliarden Euro.

Wenn Nordrhein-Westfalen also auch künftig auf produktbezogene Dienstleister als Wachstumsträger setzen will, benötigt es erfolgreiche Industrieunternehmen. Nordrhein-Westfalen hat sich – wie alle hoch entwickelten Volkswirtschaften – in den letzten Jahrzehnten zu einer Dienstleistungsgesellschaft gewandelt. Auf die Verschiebung der Wertschöpfungsanteile hat die Industrie einen erheblichen Einfluss, wie die Entwicklung der unternehmensnahen Dienstleister zeigt. Dieser Wirtschaftszweig konnte in Nordrhein-Westfalen seinen Bruttowertschöpfungsanteil von 23,4 Prozent (1991) auf 29 Prozent (2005) steigern. Dies entspricht einem nominalen Wachstum von knapp 50 Milliarden Euro.

Für unternehmensnahe Dienstleister ist die Industrie der wichtigste Auftraggeber. Nach Schätzungen des Instituts für Konjunktur- und Strukturforschung an der Universität Bremen ist die Industrie der Wachstumsmotor für die unternehmensnahen Dienstleister.

Industrieunternehmen lagern Wertschöpfungsteile – seien es Dienstleistungen oder auch Fertigungsteile – aus, vor allem dann, wenn andere diese günstiger und/oder schneller anbieten können. In der Folge realisieren Industrieunternehmen so genannte Effizienzgewinne, die sich – neben anderen Faktoren – in den realen Umsatzsteigerungen des Verarbeitenden Gewerbes niederschlagen.

Outsourcing hatte insbesondere in den 1990er Jahren zu einem enormen Wachstum bei unternehmensnahen Dienstleistern geführt – bei gleichzeitigem Rückgang von Wertschöpfung und Beschäftigung in der Industrie. In zunehmendem Maße betätigt sich die Industrie nicht mehr nur als Auftraggeber für Dienstleister, sondern nimmt inzwischen Dienstleistungsaufgaben (wieder) selbst wahr, vor allem dann, wenn es sich um Produkt begleitende Dienstleistungen im Rahmen von Systemlösungen handelt. Bei drei von fünf im Jahr 2002 befragten Industrieunternehmen lag der Anteil Produkt begleitender Dienstleistungen bei zehn Prozent. Jedes dritte Unternehmen verzeichnete seinerzeit jedoch bereits Anteile zwischen zehn und 30 Prozent.

2.4. Rohstoffe: Industrie braucht sichere Versorgung und Kreislauf- statt Abfallwirtschaft

Die sichere Versorgung der Industrie mit Rohstoffen – wie Metallrohstoffen, mineralischen Rohstoffen und kohlenstoffhaltigen Rohstoffen – ist grundlegende Voraussetzung für die industrielle Wertschöpfung und damit für Beschäftigung, Wachstum und Investitionen am Industriestandort Deutschland. Für Zukunftstechnologien wie die Lasertechnik, den Elektroantrieb und die Photovoltaik wird zum Beispiel eine Vielzahl insbesondere metallischer Rohstoffe benötigt, unter anderem Kupfer, Kobalt und Seltenerdmetalle. In gleicher Weise sind nichtmetallische Rohstoffe für Innovationen unverzichtbar, beispielsweise in der Chemie, der Luft- und Raumfahrt oder auch der Telekommunikation. Der Zugang zu Rohstoffen ist damit entscheidend für die Innovations- und Zukunftsfähigkeit der deutschen Industrie und der Arbeitsplätze in Deutschland. In mittlerer Sicht – insbesondere mit dem weiteren Anstieg der weltweiten Rohstoffnachfrage – droht der Industrie eine »Rohstofflücke«, das heißt ein Engpass bei der Rohstoffversorgung.

Mineralische Rohstoffe wie Kali und Salze, Steine und Erden sowie andere Baurohstoffe können aus heimischen Lagerstätten gewonnen werden und stehen auch in Zukunft in bedeutenden Mengen zur Verfügung. Heimische energetische Rohstoffe wie die Braunkohle sichern mehr als ein Drittel der Stromerzeugung in Deutschland. Der Erdölbedarf muss hingegen ganz überwiegend durch Importe gedeckt werden. Gleiches gilt für die industrierelevanten metallischen Rohstoffe, da keine entsprechenden Lagerstätten in auskömmlichem Umfang in Deutschland vorhanden sind. Metallische Rohstoffe sowie weitere auf Metallen basierende Produkte haben entscheidenden Anteil an der Exportstärke Deutschlands.

An der strategischen Abhängigkeit von Importen nichtenergetischer Rohstoffe ändert auch der effiziente Einsatz der vorhandenen Rohstoffe und die weitere Nutzung von

Sekundärrohstoffen wenig. Durch die stoffliche Verwertung von Abfällen in Form von Recycling und auch durch deren energetische Verwertung wird die Abhängigkeit der deutschen Industrie von nichtenergetischen Primärrohstoffen wie auch von Primärbrennstoffen gemindert. Allerdings müssen auch Sekundärrohstoffe zu einem Teil aus dem Ausland importiert werden.

Für die sichere Versorgung mit Rohstoffen ist die deutsche Industrie auf geeignete Rahmenbedingungen angewiesen. Dies gilt für den Bezug von Rohstoffen aus dem Ausland genauso wie für die Nutzung von in Deutschland gewinnbaren Rohstoffen sowie für die stoffliche und energetische Verwertung von Abfällen z. B. in Form von Recycling. Auch die Potenziale heimischer energetischer Rohstoffe sind durch die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen zukünftig zu erhalten.

Die Sicherung der Rohstoffversorgung ist vorrangig Aufgabe der Unternehmen selbst, sie ist in den vergangenen Jahren allerdings von einer Aufgabe zur Herausforderung verwandelt. Politik muss mit einer aktiven Rohstoffpolitik die Unternehmen unterstützen. Rahmenbedingungen in Nordrhein-Westfalen, Deutschland und Europa sind politisch so zu gestalten, dass Unternehmen ihren Rohstoffbezug selbstständig sicherstellen können. Dafür sind ganzheitliche Strategien und ein koordiniertes Vorgehen auf deutscher und europäischer Ebene erforderlich. Um der wachsenden Zahl staatlicher Eingriffe in die internationalen Märkte entgegenzuwirken, müssen Foren wie die G8 und die G20 genutzt werden. Damit die Politik auch in der Zukunft die politischen Beschränkungen der Rohstoffsicherheit geeignet adressieren kann, sollte sie – Bundesregierung und Europäische Kommission gemeinsam – mit der Industrie regelmäßig eine Verfügbarkeitsbewertung der in Europa benötigten Rohstoffe durchführen. Um die Rahmenbedingungen für den Zugang zu Rohstoffen langfristig zu verbessern, werden ganzheitliche Strategien auf deutscher und europäischer Ebene benötigt, die wirksam ineinander greifen.

2.5. Ausbau und Erweiterung als Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Nordrhein-Westfalen

Die nordrhein-westfälische Industrie hat in den letzten Jahrzehnten einen intensiven Strukturwandel durchlebt. In dramatischer Weise wurde deutlich, dass von der Nachfrage an den Märkten ausgehend, sich viele Unternehmen, ganze Branchen und sogar Regionen massiv verändern mussten.

Auch wenn damit viele strukturelle Veränderungen abgeschlossen sind, bedeutet das mitnichten, dass weitere Veränderungen unnötig wären. Im Gegenteil: Wachstum kann nur entstehen und Wettbewerbsfähigkeit nur erhalten werden, wenn weitere Veränderungen und Entwicklungen politisch und gesellschaftlich zugelassen werden. Der Status Quo darf nicht das Ende der Bewegung sein. Nordrhein-Westfalen kann es sich im Interesse seiner Arbeitnehmer nicht leisten, als Standort im Jahr 2011 gleichsam eingefroren zu werden.

Es muss den vorhandenen Unternehmen möglich sein, sich im notwendigen Umfang am Standort, in der Region und im jeweiligen Branchenumfeld weiterzuentwickeln. Und es muss möglich – und sogar gewünscht - sein, neue Betriebe mit neuen industriellen Fertigungsanlagen bei uns anzusiedeln. Nur so kann es gelingen, Arbeitsplatzverlagerungen auszugleichen, die Anzahl der Industriearbeitsplätze in unserem Land konstant zu halten und darüber hinaus Wachstum zu ermöglichen.

Beispielhaft wird dies durch den Investitionsbedarf des Chemparks in Leverkusen, Krefeld und Dormagen deutlich. Nach Berechnungen des Betreibers sind an den drei Standorten insgesamt Investitionen i.H.v. 500 Millionen Euro pro Jahr notwendig, um die Anzahl der Arbeitsplätze konstant zu halten. Um diese Investitionen im internationalen Standortwettbewerb einzuwerben, bedarf es in Summe der attraktivsten Wettbewerbsfaktoren. Diese Faktoren werden vom Betreiber, von Politik und Verwaltung, aber auch vom örtlichen Umfeld bestimmt.

3. Grundlagen für eine erfolgreiche Industriepolitik in Nordrhein-Westfalen

Nordrhein-Westfalen braucht eine aktive industriefreundliche Politik, Glaubwürdigkeit und stabile, verlässliche Rahmenbedingungen. Entscheidend ist eine langfristige Strategie, die

- die richtigen Spielregeln setzt und Verantwortlichkeiten klar zuweist sowie
- dazu beiträgt, dass sich trotz ihrer Konkurrenz und manchmal gegenläufiger Interessen bei den Akteuren des Landes ein Gefühl der Verbundenheit, der Identität und des Verständnisses dafür bildet, dass von einem aufgewerteten Standort alle profitieren können,

und ein transparentes Verfahren mit frühestmöglicher Beteiligung aller relevanten Akteure gewährleistet, das entscheidungsorientiert ist.

Wir sind uns dabei bewusst: Jede Neuinvestition, jedes neue Genehmigungsverfahren, jede Erweiterung sichert Arbeitsplätze, erhöht die Wertschöpfung und stärkt den Standort Nordrhein-Westfalen. Gleichzeitig werden aber neue Belastungen ausgelöst. Und wir wissen auch: Entwicklung benötigt möglichst breite gesellschaftliche Akzeptanz. Diese kann und wird nur durch Transparenz und Offenheit erreicht werden. Die Menschen haben aber dabei einen Anspruch darauf, daß sich ihre gewählten Vertreter positionieren. Es reicht nicht, wenn die Politik die Zukunft von industriellen Arbeitsplätzen in Nordrhein-Westfalen den Gerichten überlässt.

Industrieunternehmen müssen ihre Kommunikation überprüfen, die Politik ist aufgerufen, transparente und zügige Verfahren zu gewährleisten, in denen die Bürger früh und vollständig informiert werden und alle relevanten Argumente auf den Tisch kommen. Diese müssen dann so weit wie möglich an- und ausgeglichen werden. Danach muss aber auch entschieden werden. Investitionsentscheidungen setzen Rechtssicherheit voraus.

Aktive, industrie- und menschenfreundliche Wirtschaftspolitik muss sich an den Regeln der Sozialen Marktwirtschaft ausrichten. Das heißt für uns unter anderem:

3.1. Die Wirtschaft dient dem Menschen und nicht der Mensch der Wirtschaft. Wirtschaft kann dem Menschen aber nur dienen, wenn Wertschöpfung zu fairen Bedingungen stattfindet, wenn Entwicklung möglich ist und wenn alle wissen, daß Standort- und Investitionsentscheidungen sicher sind und gesellschaftliche und politische Unterstützung genießen.

3.2. Politik ist nicht Wirtschaft und darf sich auch nicht anmaßen, den Eindruck zu erwecken, alle wirtschaftlichen Probleme selbst lösen zu können. Wirtschaft wird von den Unternehmern und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gemacht. In unserer Sozialen Marktwirtschaft bestimmen die Märkte und der Wettbewerb wesentlich die Struktur. Die Politik sollte diesen Prozess, entlang der Neuausrichtung der Förderpolitik durch die vorherige Landesregierung, flankieren, aber keine aktive Strukturgestaltung zugunsten bestimmter Branchen, Regionen oder Unternehmensgrößen betreiben.

Am besten gelingt dies mit einem guten Branchenmix und einem Miteinander von großen und kleinen Unternehmen. Internationalisierung, Forschung und Entwicklung, Innovationen, Differenzierungsfähigkeit, Veränderungsfähigkeit und Qualität sind heute die entscheidenden Erfolgsfaktoren im internationalen Wettbewerb. Sind die Unternehmen hier gut gerüstet, wird die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen die Rolle eines maßgeblichen Treibers des Strukturwandels einnehmen.

3.3. Mit anderen Worten: Nordrhein-Westfalen bedarf einer umfassenden, weitsichtigen „Standort-Architektur“ aus einem Guss und nicht einer Mischung aus Unterlassen und schädlichem Stückwerk.

3.4. Ziel aller aktiven Industriepolitik muss sein, zunächst einmal die zukunftsfähigen vorhandenen industriellen Kerne zu erhalten und die Voraussetzungen für ihren Ausbau zu schaffen

Diese liegen vielfach außerhalb der Großstädte. In diesen eher ländlich geprägten Regionen ist neben der Verbesserung der Rahmenbedingungen, die Sicherung des Fachkräftenachwuchses, die Bereithaltung von Industrie- und Gewerbeflächen, eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und eine bessere Ausstattung mit Forschungseinrichtungen für die Sicherung der zukünftigen Wettbewerbsfähigkeit notwendig. Auch diese Ziele sollten in der Landesentwicklungsplanung berücksichtigt werden. In diesen Industrieregionen fehlen oft die komplementären industrienahen Dienstleistungen. Für diese Branchen sind die Ballungszentren als Standorte interessanter. Es wird deshalb kaum gelingen, durch Ansiedlungen diese Defizite in der Branchenstruktur in den ländlichen Regionen auszugleichen. Genau so gering ist allerdings die Chance zu bewerten, dass die Ballungszentren den weit fortgeschrittenen Deindustrialisierungsprozess wieder umkehren können. Deshalb ist

in Zukunft eine verstärkte interregionale Zusammenarbeit zwischen den eher städtischen Dienstleistungs- und der eher ländlich Industrieregionen notwendig. Auch sind Netzwerke und Clusterprojekte weiterhin sinnvolle Instrumente.

3.5. Ohne neue Industrieflächen wird Entwicklung unmöglich sein. Also wird es darum gehen müssen, intelligente Methoden der Ausweisung neuer Flächen dort zu finden, wo diese nachgefragt werden und zum Arbeitsplatzaufbau beitragen oder zur Erhaltung von Arbeitsplätzen erforderlich sind. Darüber hinaus muss bei Neuausweisung interkommunale Zusammenarbeit möglich sein, auch, was den Tausch ausgewiesener Flächen und eine faire Verteilung der mit Ansiedlungen verbundenen Einnahmen und Belastungen betrifft.

3.6. Gerade im ländlichen Raum ist die Problematik der Ausgleichsflächen in doppelter Weise akut. Zum einen nehmen Ausgleichsflächen häufig bislang landwirtschaftlich genutzte Flächen in Anspruch und entziehen somit der Landwirtschaft weitere Flächen. Daher ist notwendig, der ökologischen Aufwertung bestehender Ausgleichsflächen Vorrang vor der Ausweisung neuer Ausgleichsflächen einzuräumen. Zum anderen halten wir die Vorschriften, für welche Vorhaben welche Ausgleichsmaßnahmen erforderlich sind, für nicht mehr zeitgemäß. Werden z.B. Ausweisungen neuer Flächen zur Errichtung von Standorten für erneuerbare Energien oder sonst umweltnützlichen Vorhaben vorgenommen, muss die Ausgleichsverpflichtung deutlich geringer sein, als wenn dort emittierende Industrie oder emittierendes Gewerbe angesiedelt wird. Bei der Windenergie ist z.B. durch den neuen Windkrafteerlass NRW das Repowering dadurch begünstigt, dass positive Effekte durch das Repowering bei den Kompensationspflichten berücksichtigt werden. Wir halten es für richtig, z.B. auch die erstmalige Errichtung von Windkraftanlagen als Beitrag zur Zielerreichung des Energieumstiegs mit Bezug auf die Ausgleichspflicht zu privilegieren.

Wird etwa ein straßenbegleitender Radweg errichtet, um umweltschädliche Autofahrten zu reduzieren, Tourismus zu unterstützen und zusätzliche umweltfreundliche Radfahrten zu fördern, sollte das unseres Erachtens Berücksichtigung beim Einführungserlass zum Landschaftsgesetz für Eingriffe durch Straßenbauvorhaben (ELES) finden. Ein Radweg muss in Bezug auf Ausgleichflächen anders behandelt werden als eine Straße.

3.7. Der industrielle Mittelstand benötigt einen Fokus auf seine spezifische Wertschöpfungsstruktur. Mittelständische Unternehmen zeichnen sich durch flache Strukturen und seltenen personellen „Overhead“ aus. Die nordrhein-westfälischen Unternehmen sind daher darauf angewiesen, ohne unverhältnismäßigen Bürokratieaufwand an der Wertschöpfung teilzunehmen und somit Arbeitsplätze zu sichern. Kontraproduktiv sind hier über das notwendige Maß hinausgehende bürokratische Auflagen bei Genehmigungsverfahren und Forschungsförderung.

3.8. Eine erfolgreiche Industriepolitik sieht in Wirtschaft und Umwelt, Ökonomie und Ökologie keine Gegensätze. Ohne die Einhaltung moderner ökologischer Standards ist zukunftsgerichtete Industrieentwicklung heute zu Recht undenkbar. Wir haben den Anspruch, Wertschöpfung mit dem Einsatz modernster Technologie auf höchstem Niveau zu verbinden und unsere natürlichen Lebensgrundlagen gleichzeitig zu erhalten. Wir wollen Ökonomie und Ökologie versöhnen. Das geht aber nur, wenn wir die Grundlagen der Naturnutzung durch den Menschen richtig verstehen und die Möglichkeiten industrieller Entwicklung in ihren so gesetzten natürlichen Schranken betrachten.

Statt von Natur- oder Umweltschutz wird heute meist vom Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen gesprochen. Dabei wird in der Regel nicht ausdrücklich gesagt, um wessen natürliche Lebensgrundlagen es geht. Aus dem Zusammenhang wird jedoch meistens deutlich, dass der Schutz der Natur als Lebensgrundlage *des Menschen* gemeint ist. In welchem Sinn die Natur Lebensgrundlage des Menschen ist, wird von vielen, die sich für Natur- und Umweltschutz einsetzen, als selbstverständlich vorausgesetzt. Sie halten für selbstverständlich, dass die Natur *von sich aus*, unserem Handeln *vorausliegend*, Lebensgrundlage des Menschen sei. Und daraus folgern sie intuitiv, dass die Natur, um Lebensgrundlage bleiben zu können, vor menschlichem Eingriff geschützt und bewahrt werden müsse. – Diese Voraussetzung ist falsch.

Der Apfel macht niemanden satt, solange er am Baum hängt. Das Wasser stillt niemandes Durst, solange es im Bach fließt. Der Ton schützt niemanden vor Hitze, Kälte oder Regen, solange er im Boden liegt. Der Apfel muss gepflückt und gegessen, das Wasser geschöpft und getrunken, der Ton abgebaut, gebrannt und verbaut werden. – Die wenigen einfachen Beispiele reichen aus, um zu erfassen, dass die Natur, wenn sie „in Ruhe“ gelassen würde, keine Lebensgrundlage des Menschen wäre. Allgemein gesagt: Die Natur *ist* nicht, nämlich nicht *von sich aus*, Lebensgrundlage des Menschen. Lebensgrundlage kann sie immer nur in dem Sinn werden, dass der Mensch sie sich dazu *macht*, indem er sie durch Arbeit und Technik verändert.

Der Verzicht auf verändernden Eingriff in die Natur ist für den Menschen keine Lebens-, sondern wortwörtlich nur eine Sterbensmöglichkeit. All dies mag trivial erscheinen. Die Folgen der Einsicht sind allerdings nicht trivial angesichts einer verbreiteten Mentalität, die Naturschutz als Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen so missversteht, als gehe es darum, die Natur vor ihrer Nutzung durch den Menschen zu schützen. Gerade darum kann es nicht gehen. Ein Schutzzaun um die Natur, wie ihn sich mancher als Optimum des Naturschutzes vorstellen mag, wäre das Ende der menschlichen Gattung. Vielmehr geht es darum, die Natur so zu schützen, dass sie sich durch verändernden Eingriff zur Lebensgrundlage machen *lässt*. Es geht um die Aufrechterhaltung der *Nutzbarkeit der Natur für den Menschen* und nicht um die Bewahrung der Natur vor dem Versuch des Menschen, sie sich zur Lebensgrundlage zu machen. Naturschutz als Schutz der

natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen ist *Schutz der Nutzbarkeit der Natur für den Menschen* und nicht Schutz der Natur vor der Nutzung durch den Menschen.

Damit gibt die Natur uns Menschen geradezu den Auftrag, sie zu nutzen. Sie legt aber gleichzeitig die natürlichen Grenzen aller Entwicklungen, auch der industriellen, fest. Denn wenn Natur in diesem Sinne für den Menschen Lebensgrundlage ist, muss sie im Sinne der Bewahrung der Schöpfung für alle Generationen Lebensgrundlage bleiben. Und deshalb macht es sich die Landesregierung zu einfach, wenn sie Klimaschutz nach dem Motto betreibt: „Wer Natur oder Umwelt schützen will, findet Anerkennung und Beifall. Seine Gesinnung wird für gut, sein Tun für richtig gehalten.“

4. Keine Industrie ohne Infrastruktur

Jeder erfolgreiche Industriearbeitsplatz hier in Nordrhein-Westfalen ist unmittelbar auf eine funktionierende und leistungsfähige Infrastruktur angewiesen. Zudem muss Nordrhein-Westfalen seine Funktion als Transitland erfüllen, genauso wie die Funktion, erster Bündelungspunkt auf dem europäischen Festland für viele interkontinentale Warenströme aus Asien und Nordamerika zu sein. Ohne eine leistungsfähige Logistikkette sind industrielle Arbeitsplätze undenkbar. Das betrifft auch die Arbeitsplätze in der Logistikbranche selbst. Jeden Tag lösen in Nordrhein-Westfalen rund 600.000 Menschen logistische Aufgaben, schlagen Container um, überprüfen die Qualität der Ware, planen Bestände und Beschaffungsmengen, entwerfen Lagerstrukturen und Warenflusswege, entwickeln Software für Warenwirtschaftssysteme, Telematik und automatische Identifizierungssysteme, montieren Fahrzeugteile für die Fließbandstraßen vor und forschen für neue Lösungen in der Logistik.

Zur notwendigen Infrastruktur gehören Straßen, Schienen, Flughäfen, Wasserstraßen und Häfen.

Nordrhein-Westfalen ist immer noch Stauland. Besonders in den Ballungszentren des Ruhrgebietes und entlang der Rheinschiene gehören Staus zur Tagesordnung. Es gehört zum Anspruch einer modernen Wirtschaftspolitik genauso wie zum Anspruch eines jeden Arbeitnehmers, vornehmlich im industriellen Sektor, dass die heutigen Engpässe in den Verkehrsinfrastrukturen nicht nur rasch beseitigt werden, sondern darüber hinaus durch rechtzeitigen Neu- und Ausbau der Systeme dem zukünftig immer noch zunehmenden Mobilitätsbedarf Rechnung getragen wird.

Das beginnt schon mit der Anreise zum Arbeitsplatz. Viele Mitarbeiter wohnen nicht mehr in Werkswohnungen direkt am Fertigungsgelände. Sie müssen häufig über etliche Kilometer zum Arbeitsplatz anreisen und nach Arbeitsende wieder nach Hause zurück. Der Wunsch nach einer größeren Mobilität ist daneben noch grundsätzlicher zu sehen. In Zukunft werden die Straßen und Schienen voraussichtlich auch von Privatpersonen noch intensiver genutzt als bisher. Das verlangt gut ausgebaute Straßen und ein gut vernetztes Schienensystem.

Erfolgreiche Industriearbeitsplätze sind ohne einen funktionierenden Vorleistungsverbund nicht dauerhaft überlebensfähig. Vorprodukte müssen zu den

Fertigungsstätten der Endprodukte geschafft werden. Die Rohstoffe für diese Vorprodukte müssen zu deren Fertigungsstätten gelangen. Das muß zuverlässig und pünktlich geschehen, ganz abgesehen von den gesamtwirtschaftlichen Schäden, die durch Wartezeiten in Staus verursacht werden. Diese werden von der IHK allein für Nordrhein-Westfalen auf 40 Milliarden Euro pro Jahr beziffert.

Gleiches gilt für den Abtransport der fertiggestellten Erzeugnisse. Wenn es nicht gelingt, diese preisgünstig, sicher und pünktlich zu den Kunden zu transportieren, ist jeder Industriearbeitsplatz in Gefahr. Das verlangt ein funktionierendes Straßen-, Schienen- und Wasserstraßennetz. Dazu müssen wir alle Verkehrsträger bedarfsgerecht ausbauen.

Alle Verkehrsträger müssen ineinandergreifen. Verkehrsträger untereinander und gegeneinander auszuspielen oder in ein ideologisch begründetes „Ranking“ einzuordnen, wie das die derzeitige Minderheitsregierung tut, ist falsch. Insbesondere die Vernachlässigung des Ausbaus der Straßeninfrastruktur muss ein Ende haben. Dreiviertel der Verkehrsleistung in Nordrhein-Westfalen wird auf der Straße abgewickelt. Mehr als 70 Prozent der Güterverkehrs- und fast 90 Prozent der Personenverkehrsleistungen (einschließlich des ÖPNV) entfallen auf die Straße. Die Straße bleibt daher auch auf lange Sicht das Rückgrat des Verkehrs.

Der Ausbau des Schienennetzes muss dessen ungeachtet weitergehen. Die alte Landesregierung hat im Rahmen des Bahngipfels im März 2010 eine SPNV-Rahmenvereinbarung mit einem Investitionsvolumen von 680 Millionen Euro für mehr Qualität im Schienenpersonennahverkehr nach Nordrhein-Westfalen geholt. Daran muss sich auch die neue Regierung messen lassen.

Der von Experten vorhergesagte Anstieg allein des Güterverkehrsvolumens um bis zu 80 Prozent bis 2025 vor allem im Containertransport wird zu Verkehrszunahmen und Überbelastungen auf Autobahnen und in den Städten führen. Das führt auch zu einer enormen Verkehrsnachfrage im Luft- und Seeverkehr, die leistungsfähige und international wettbewerbsfähige Transport- und Logistikprozesse erfordert. Schon beim Hafenausbau beträgt der Bedarf an Umschlagflächen allein in den Rheinhäfen - als den Logistikzentren schlechthin - bis zum Jahr 2025 rund 325 Hektar. Daher brauchen wir neue Hafentwicklungsflächen, zum Beispiel an der Rheinschiene mindestens 140 Hektar bis 2015. Das schafft neue logistische Kapazitäten, aber auch unmittelbar neue Arbeitsplätze. Durch Umschlag- und Logistikaktivitäten in den Binnenhäfen entstehen Beschäftigung und Wertschöpfung in den Hafenregionen, die bei rund 27 Beschäftigten je Hektar liegen.

Die Flughäfen in Nordrhein-Westfalen gehören zu den notwendigen Voraussetzungen für nachhaltige Infrastruktur. In unserer globalisierten Welt ist es unabdingbar, schnell und sicher Destinationen in der ganzen Welt zu erreichen und Gäste aus der ganzen Welt hier empfangen zu können. Gleiches gilt für die Beförderung von Fracht. Im Jahre 2008 wurden an den großen Verkehrsflughäfen (Düsseldorf, Köln/Bonn, Weeze, Münster/Osnabrück, Paderborn/Lippstadt und

Dortmund) über 35 Millionen Passagiere gezählt und rund 650.000 Tonnen Luftfracht bewegt. Rund 90.000 Arbeitsplätze sind in Nordrhein-Westfalen direkt oder indirekt mit dem Luftverkehr verknüpft. Die Landesregierung muss ideologische Befindlichkeiten bei der Fortschreibung der Luftverkehrskonzeption 2010 überwinden, will sie nicht weiter unseren Standort gefährden. Wir brauchen eine industrie- und wirtschaftsfreundliche Fortschreibung, ohne die berechtigten Anliegen der Anwohnerinnen und Anwohner beim Lärm- und Emissionsschutz zu vernachlässigen.

5. Erfolgreiche Industriepolitik ist innovationsfreundlich

Innovationen sind qua Definition neue Produkte, Verfahren oder Technologien, die am Markt erfolgreich sind. Innovationspolitik ist daher nur mit dem Markt möglich und sollte nicht zwischen „guten und schlechten“ Innovationen unterscheiden. Der Markt - und damit auch die Industrie bei ihren Innovationsanstrengungen - orientiert sich ganz zentral an den wichtigen gesellschaftlichen Herausforderungen (z.B. Klimaschutz, Ressourcenschonung, Gesundheit, Ernährung).

Landtag und Landesregierung sollten daher über ihre Innovationspolitik Unternehmen bei deren FuE-Aktivitäten keine starren Vorgaben machen, sondern ausreichend Freiraum belassen. Dies beinhaltet vor allem Technologieoffenheit statt ideologischer Vorgaben bei der Förderpolitik.

Die künftige Innovationspolitik des Landes sollte auf den guten Erfahrungen mit der Clusterstrategie der letzten Legislaturperiode aufbauen. Diese hat zu einer deutlich besseren Vernetzung von Wertschöpfungsketten und zu einer deutlich höheren Innovationsdynamik in den Wertschöpfungsketten geführt, die sich gerade auch in zahlreichen Projekten zugunsten der ökologischen Nachhaltigkeit ausdrückt. Diese erfolgreichen Ansätze sollten auch weiterhin durch das Land unterstützt werden.

Auch die Gründung neuer Fachhochschulen und FuE-Einrichtungen, Innovationsgutscheine oder der Technologietransferring Handwerk waren richtige und dringend notwendige Maßnahmen der vorigen Landesregierung. Sie müssen dringend fortgesetzt werden.

Staatliche Forschungsförderung sollte auch angesichts der engen EU-Definition nicht auf KMU beschränkt werden. Der größte Teil der privaten Investitionen in Forschung und Entwicklung wird von Großunternehmen oder solchen Mittelständlern erbracht, die die formellen Einordnungsvoraussetzungen (unter 250 Beschäftigte, mehr als 50 Millionen Euro Umsatz oder 43 Millionen Euro Bilanzsumme) nicht erfüllen. Daher sollte die originär nordrhein-westfälische Förderpolitik sich nicht allein auf KMU fokussieren, zudem sollten die Bestrebungen, auf Bundesebene eine steuerliche Forschungsförderung einzuführen, unterstützt werden – unabhängig von der Größe der Unternehmen.

Auf die nordrhein-westfälische Innovationslandschaft positiv ausgewirkt hat sich auch die größere Selbständigkeit der Hochschulen durch das Hochschulfreiheitsgesetz. Sie sollte vollständig erhalten bleiben.

Einen doppelt positiven Effekt kann die Förderung von Investitionen in die Infrastruktur haben, wenn diese eine starke Innovationsrelevanz aufweisen. Ein gutes Beispiel dafür ist die Breitbandoffensive des IKT-Clusters, die weitergeführt werden muss. Gerade die Versorgung im ländlichen Raum kann in der Zukunft ein wesentlicher Wettbewerbsfaktor für Unternehmen sein, die auf Dienstleistungen mit hohem Datenvolumen angewiesen sind (z.B. Cloud-Computing). Weiter muss auch und gerade bei politischen Entscheidungen über Rahmenbedingungen für Planung und Ausführung industrieller Großvorhaben deren Anreizeffekt für Innovationen in den direkt oder indirekt profitierenden Wertschöpfungsketten berücksichtigt werden.

Innovationsfreundlichkeit darf aber nicht bei der Förderung neuer Produkte, Verfahren oder Technologien, die am Markt erfolgreich sind, Halt machen. Innovationsfreundlichkeit geht weiter.

Innovation ist mehr als ein schickes Schlagwort für Neues. Innovation bedeutet die Erforschung neuer Möglichkeiten, die Entdeckung neuer Horizonte, die Einführung neuer Technologien, die Wiederentdeckung von Bewährtem in einem neuen Rahmen. Innovation bedeutet Chance. Die Politik der letzten Jahre hat viele Förderprojekte ins Leben gerufen, insbesondere im Bereich Aus- und Weiterbildung. Dieser richtige Weg muß weiterverfolgt werden.

Auch Bildung und gut ausgebildete und motivierte Facharbeiter sind Säulen der wissensbasierten Wirtschaft. Nordrhein-Westfalen muss Exzellenz entlang der gesamten „Wertschöpfungskette Wissen“ von der frühkindlichen Bildung, den Schulen, der Berufsbildung, den Universitäten bis hin zur permanenten Weiterbildung schaffen. Die Verringerung der Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss und verbesserte Bildungsleistungen gerade in der Bevölkerungsgruppe mit Migrationshintergrund sind genauso wichtig wie die Förderung von MINT-Nachwuchskräften. Es geht in der wirtschaftspolitischen Perspektive um eine integrierte Betrachtung, die die gesamte Wertschöpfungskette Wissen im Fokus hat.

6. Forderungen

Aus alledem ergeben sich für uns als CDU-Landtagsfraktion folgende konkrete Forderungen:

Industriepolitik

Die CDU-Landtagsfraktion fordert die Landesregierung auf,

- eine Gesetzesvorlage einzubringen, mit der eine intelligente und verantwortliche Neuausweisung von Industriegebieten im Rahmen der Landes- und Regionalplanung ermöglicht wird;
- die heute schon bestehenden Möglichkeiten des Landschaftsgesetzes, den Vorrang der ökologischen Aufwertung bestehender Ausgleichsflächen zu gewährleisten, konsequent zu nutzen sowie weitere intelligente Formen vor der Ausweisung neuer Flächen zu entwickeln;
- Gesetzesvorlagen einzubringen, die den Umfang der Ausgleichsflächen qualitativ an die Maßnahmen knüpft, durch welche diese ausgelöst werden;
- eine steuerliche Forschungsförderung zu unterstützen und so die Notwendigkeit umfangreicher Projektanträge zu minimieren;
- in die Beratungen zur nächsten Novelle des EEG die Belange mittelständischer Unternehmen einzubringen;

Die CDU-Landtagsfraktion fordert, bei neuen industriellen Vorhaben oder industriellen Erweiterungen ein transparentes Verfahren mit frühestmöglicher Beteiligung aller relevanten Akteure zu gewährleisten, das entscheidungsorientiert ist.

Infrastruktur

Die CDU-Landtagsfraktion spricht sich für folgende Leitlinien der Politik aus:

- Wir brauchen die Erforschung neuer Transportsysteme, den bedarfsgerechten Ausbau aller Verkehrsträger und eine ständige Modernisierung der Fahrzeuge zur Effizienzsteigerung und mehr Umweltverträglichkeit.
- Die erfolgreiche Politik, in Nordrhein-Westfalen wieder Straßen zu bauen bzw. auszubauen, Lückenschlüsse konsequent zu vervollständigen, Engstellen zu

beseitigen und somit das Straßennetz dauerhaft zu verbessern, sowie durch Umgehungsstraßen die Bevölkerung zu entlasten muss fortgesetzt werden.

- Wir brauchen auch den Ausbau der Schienenwege. Wir brauchen ein integriertes Konzept für eine Verbesserung der Hinterlandanbindung.
- Das Hafenkonzept Nordrhein-Westfalens von 2008 hat Maßstäbe gesetzt. Es muß fort- und umgesetzt werden. Das beinhaltet die Entwicklung von Hafenstandorten, den Ausbau von Hafenkooperationen und den Ausbau der Wasserstraßeninfrastruktur.
- Nordrhein-Westfalen muss seiner Bedeutung als Drehkreuz des internationalen Luftverkehrs auch durch die Fortschreibung des Luftverkehrskonzeption 2010 noch besser gerecht werden. Flughäfen sind unverzichtbare Jobmotoren. Bei allen Verkehrsprojekten sind auch die Interessen der Anwohner und anliegenden Kommunen zu berücksichtigen.
- Die Kooperationskultur entlang der Wertschöpfungskette zwischen Unternehmen, Forschung, Ausbildungsstätten, Zulieferern und Weiterverarbeitung hat die alte Landesregierung mit dem Cluster Logistik angestoßen. Dieses Konzept muß fortgesetzt werden.
- Umweltbelange müssen auch in der Infrastruktur noch breiteren Raum gewinnen. Der Masterplan Güterverkehr und Logistik des Bundes bietet dafür wichtige Ansatzpunkte. Die Landesregierung wird aufgefordert, diese Möglichkeiten nachdrücklich zu nutzen.

Innovation

Die CDU-Landtagsfraktion fordert die Landesregierung auf,

- die Clusterstrategie der letzten Wahlperiode fortzusetzen und dabei Wettbewerbsverfahren zur Mittelvergabe zu verstärken;
- originär nordrhein-westfälische Förderpolitik nicht allein auf KMU zu fokussieren und die Bestrebungen, auf Bundesebene eine steuerliche Forschungsförderung einzuführen, zu unterstützen – unabhängig von der Größe der Unternehmen;
- die Breitbandoffensive des IKT-Clusters fortzuführen und
- eine Strategie zur Verbesserung der Breitbandversorgung im ganzen Land, insbesondere im ländlichen Raum, vorzulegen.